

Politiker greifen in Rentenkasse



Dieses Paar bekommt schon eine Rente. Die künftige Rentenhöhe lässt sich kaum vorhersagen.

BILD: dpa

ein Selbstverwaltungsorgan der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und gehört allein den Versicherten. Die Beitragszahlungen aus den Löhnen der Versicherten sind nicht beliebige Verfügungsmasse der Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft.

Noch einmal: Nicht der Staat zahlt die Renten, diese werden nur aus dem Beitragsaufkommen der Versicherten gezahlt und unterliegen dem Eigentumsschutz. Oder gilt das Grundgesetz für GRV-Versicherte nicht?

Leider kommen weder die Verwalter der DRV noch deren Vertreterversammlung ihren Verpflichtungen nach und verhindern nicht, dass die Politik widerrechtlich aus der Rentenkasse seit 1957 bis heute rund 700 Milliarden für gesamtgesellschaftliche Verpflichtungen entnehmen (...), die hauptsächlich die GRV-Versicherten schultern mussten und noch müssen. Beamte, anders berufsständisch Versicherte und Politiker haben diese Verpflichtungen zu einem Großteil die Rentenversicherten allein bezahlen lassen. Der sogenannte Bundeszuschuss ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen, denn es handelt sich lediglich um Teilrückzahlungen, für nicht durch Beiträge gedeckte versicherungsfremde Leistungen. (...)

Antje Poelmann, Moormerland

Als ich 1964 ins Berufsleben eintrat, sagte man mir, dass ich Beiträge in die BfA einzahlen müsste, beziehungsweise sie wurden mir einfach von meinem Gehalt abgezogen. 50 Prozent bezahlte der Arbeitgeber. Damit würde ich, wenn ich 65 Jahre alt bin, eine Rente bekommen.

Jetzt beziehe ich eine Rente, und Sie sagen, dass die jungen Berufstätigen sie bezahlen würden. Das kapiere ich nicht.

Es taucht da immer wieder der Begriff „Generationenvertrag“ auf, den ich nie unterschrieben habe.

Was ist denn aus meinen eingezahlten Beiträgen geworden?

Hat man mich als junger Mensch betrogen und belogen. (...)

Gregor Klöppel, Oldenburg